

Zwar musste Wallström ihr Projekt vertragen, nachdem sich Wettbewerbskommissar Mario Monti und Unternehmenskommissar Erkki Liikanen quer legten. Auch die Argumente des BDI-Hauptgeschäftsführers Ludolf-Georg von Wartenberg, der gegen das Zwangssystem bei Kommissionspräsident Romano Prodi Protest einlegte, zeigten offensichtlich Wirkung. Die Umweltkommissarin will ihren Richtlinienentwurf bis zum Herbst überdenken.

Ihr neuer Entwurf soll dann den EU-Ländern mehr Freiräume bieten, wie sie ihren Beitrag zum Klimaschutz erbringen wollen. Immerhin schultert allein die deutsche Wirtschaft 30 Prozent der Einsparungen, die Europa insgesamt erreichen will. Andere EU-Mitgliedsländer dürfen dagegen, um Wachstumsrückstände aufzuholen, ihre Emissionen ausweiten (siehe Grafik).

Inzwischen droht sich die Unsicherheit über den Fortgang der Klimapolitik selbst zur Wachstumsbremse zu entwickeln. Unternehmen in den USA und in Europa wollen nach jahrelangem Hin und Her endlich Klarheit haben. So sähen es große Teile der US-Wirtschaft sogar gerne, wenn sich Bush rasch auf konkrete Maßnahmen festlegen würde. Manager wie Linn Draper, der Chef des Kraftwerksbetreibers American Electric Power, halten es nämlich für unausweichlich, dass Klimaziele festgezurrt werden.

WIE IN EUROPA haben viele Unternehmen auch in den USA begonnen, ihre Produktion umzustellen. Der US-Chemiekonzern Dupont etwa reduzierte nach eigenen Angaben seine Treibhausgas-Emissionen bereits in den Neunzigerjahren um 57 Prozent. Der Aluminiumgigant Alcoa hat sich im April verpflichtet, den Treibhausgas-Ausstoß an seinen weltweit 350 Standorten bis 2010 gegenüber dem Basisjahr 1990 um mindestens 25 Prozent zu senken; angepeilt sind sogar 50 Prozent.

Doch die US-Industrie verlangt politische Unterstützung bei ihren Anstrengungen. Der zentrale Punkt: Planungssicherheit. Vor allem die Energieversorger wollen endlich wissen, ob es sich für sie noch lohnt, in ältere Anlagen zu investieren. Denn je nach Klimaziel wäre es am wirtschaftlichsten, einfach schmutzige Altanlagen vom Netz zu nehmen.

Auch die deutsche Wirtschaft könnte sich mit dem Kyoto-Protokoll durchaus arrangieren. Da nur Deutschland insgesamt verpflichtet ist, das Sparziel einzuhalten, könnten Bundesregierung und Wirtschaft ihr flexibles Instrument der freiwilligen Klimaschutz-Vereinbarung fortentwickeln. Vor allem auch in den so genannten „Joint-Implementation-Projekten“ sehen viele Unternehmen eine Chance, zusätzliche Spielräume zu nutzen.



UMWELTKOMMISSARIN WALLSTRÖM Europa sieht sich als Vorreiter im Kampf gegen die Treibhausgase

HALB GESCHAFFT

Entwicklung der CO₂-Emissionen* und Ziele nach dem Kyoto-Protokoll in den EU-Ländern

	Reduktion 1990 bis 1999	Kyoto-Ziel bis 2012
Luxemburg	-43,3	-28,0
Deutschland	-18,7	-21,0
Großbritannien	-14,0	-12,5
EU gesamt	-4,0	-8,0
Dänemark	-4,0	-21,0
Finnland	-1,2	0
Frankreich	-0,2	0
Schweden	+1,5	+4,0
Österreich	+2,6	-13,0
Belgien	+2,8	-7,5
Italien	+4,4	-6,5
Niederlande	+6,1	-6,0
Griechenland	+16,9	+25,0
Irland	+22,1	+13,0
Portugal	+22,4	+27,0
Spanien	+23,2	+15,0

* Angaben in Prozent; Quelle: EU-Kommission **Wirtschaftswoche**

me zu nutzen. Nach dieser Erfindung des Kyoto-Protokolls dürften sich nämlich Unternehmen Investitionen in anderen Ländern, die dort mit relativ geringen Summen zu hohen Emissionsminderungen führen, als Guthaben anrechnen lassen.

Konkretes Beispiel: Die Ruhrgas, Anteilseigner des russischen Energieunternehmens Gazprom, hat russische Turbinen optimiert. Jetzt lässt sich Gas wesentlich effizienter als bislang von Asien nach Europa

pumpen. Die Investition in Höhe von zwei Millionen Mark hat bewirkt, dass Gazprom 447 000 Tonnen CO₂ pro Jahr einspart. Träte Kyoto in Kraft, könnte sich die Ruhrgas die Einsparungen entweder auf den eigenen Ausstoß anrechnen lassen – oder es Gewinn bringend verkaufen.

ANDERE UNTERNEHMEN suchen bereits nach ähnlichen Projekten. Auf dieses Zukunftsgeschäft haben sich schon Makler wie Jürgen Hacker spezialisiert. Der Berliner Geschäftsmann klopft kubanische Zuckerfabriken darauf ab, wie deren Abwärme besser genutzt werden könnte. In Lateinamerika hat er bereits Standorte erkundet, an denen Aufforstungsprojekte – im Kyoto-Jargon „Kohlendioxid-Senken“ – möglich sind. Wachsen dort einmal Bäume, verringern diese den CO₂-Gehalt der Atmosphäre. Auch dieser positive Effekt soll sich, so das Kyoto-Protokoll, in ein werthaltiges Emissionsrecht umrechnen lassen.

Bei einem Deal wird Hacker inzwischen sogar vom Umweltministerium unterstützt: Da geht es um die Nutzung von Deponiegas, von Grubengas aus Kohleminen und von Biomasse aus Abfallholz. Auftraggeber: zwei deutsche Energieversorger. Der Partner in den USA hat bereits Präsident Bush im Weißen Haus eingeschaltet, um die Genehmigung zu klären. Der Clou für Umweltminister Jürgen Trittin: Die Projekte könnten Präsident Bush zeigen, dass Klimaschutz die Wirtschaft finanziell nicht so stark belastet, wie dieser öffentlich immer beteuert.

Die Frage bleibt, ob sich solche Investitionen eines Tages lohnen. „Ein Schnäppchen, das am Ende nichts wert ist, kostet eine Menge Geld“, sagt Hacker. So warten bereits Aufforstungsprojekte in Indien, Vietnam und Chile auf ihre Verwirklichung. Das Schicksal dieser Projekte hängt so wesentlich vom Erfolg des Klimagipfels ab.

Scheitert Bonn, geht die Hängepartie weiter. Immerhin plant die UNO, im kommenden Jahr in Johannesburg beim Erdgipfel das zehnte Jahr nach der Konferenz von Rio de Janeiro zu feiern, die den Startschuss für den globalen Klimaschutz gab.

Nur: Wie werden bis dahin die Amerikaner an Bord geholt? Gut möglich, dass der Kanzler in Bonn daran erinnert, wie die Klimaverhandlungen schon einmal aus eine Sackgasse herausgefunden haben. So zauberte 1995 der damalige Bundesumweltminister Klaus Töpfer ein „Bonner Mandat“ aus dem Hut. Nun könnte, so das Gedankenspiel in Berlin, ein „Bonn-Protokoll“ ähnliches bewirken. Das Hauptziel des Klimaschutz bliebe – und der Begriff „Kyoto-Protokoll“ wäre aus der Welt.

OLAF GERSEMANN/WASHINGTON, DANIEL DELHAES, KONRAD HANDSCHUCH/BRÜSSEL